Antrag

des Abg. Jonas Hoffmann u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen

Junges Wohnen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob die im Dezember 2022 vom Bund versendete Verwaltungsvereinbarung „Junges Wohnen“ bereits von der Landesregierung unterschrieben wurde;
2. wie das Bewerbungsverfahren für die Mittel, die über die Verwaltungsvereinbarung „Junges Wohnen“ 2023 an Baden-Württemberg fließen, ausgestaltet sein wird;
3. welche Einrichtungen und Akteure sich um diese Mittel bewerben können;
4. welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um eine Förderung aus diesen Mitteln zu erhalten;
5. wie hoch der Eigenanteil des Landes an der komplementären Finanzierung der vom Bund in Höhe von 65,2 Mio. Euro gewährten Mittel sein wird;
6. ob sie vorsieht, die Mittel zu gleichen Teilen für Wohnraum für Studierende und Wohnraum für Auszubildende aufzuteilen;
7. ob es, falls Ziffer 6 mit nein beantwortet wird, überhaupt Vorgaben dazu geben wird, wie hoch der Anteil dieser Mittel ist, der für nicht-studentisches Wohnen zur Verfügung stehen wird;
8. ob und zu welchen Anteilen der in Zukunft mithilfe dieser Mittel geschaffene Wohnraum einer Sozialbindung unterliegen wird;

9. ob sie vorsieht, eine Mindest-Bindungsdauer für den damit geschaffenen Wohnraum als Förderbedingung festzuschreiben;
10. wenn Ziffer 9 mit ja beantwortet wird, wie viele Jahre diese Bindungspflicht umfasst.

7.2.2023

Hoffmann, Born, Ranger, Rolland, Kenner SPD

Begründung

Die Wohnraumbedarfe junger Menschen, vor allem Auszubildender und Studierender, steigen seit Jahren stark an und werden auch in Zukunft weiter zunehmen. Die Bundesregierung stellt den Ländern in ihrem aktuellen Haushalt eine Summe von 500 Mio. Euro zur Verfügung, von denen 65,2 Mio. für Baden-Württemberg vorgesehen sind, um die Schaffung von Wohnraum für Studierende und Azubis zu unterstützen. Der vorliegende Antrag begehrt Auskunft darüber, wie die Landesregierung plant, diese Mittel einzusetzen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 2. März 2023 Nr. MLW25-27-8/166 nimmt das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. ob die im Dezember 2022 vom Bund versendete Verwaltungsvereinbarung „Junges Wohnen“ bereits von der Landesregierung unterschrieben wurde;*

Zu 1.:

Die Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen hat die Verwaltungsvereinbarung „Junges Wohnen“ im Dezember 2022 für das Land unterzeichnet.

- 2. wie das Bewerbungsverfahren für die Mittel, die über die Verwaltungsvereinbarung „Junges Wohnen“ 2023 an Baden-Württemberg fließen, ausgestaltet sein wird;*

Zu 2.:

Die Verfahren um die Fördermittel auf Grundlage der Verwaltungsvereinbarung „Junges Wohnen“ zu erhalten, werden vom Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen für Wohnheime für Auszubildende und vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst für Studierendenwohnheime eigenverantwortlich ausgestaltet. Sie sind gleichermaßen an den für die investiven Finanzhilfen des Bundes im Bereich der sozialen Wohnraumförderung geltenden Maßgaben auszurichten.

Aktuell sind die jeweiligen Verfahren noch nicht abschließend festgelegt.

Bezüglich „Wohnheimen für Auszubildende“, wie sie in der Verwaltungsvereinbarung Junges Wohnen genannt werden, ist darauf hinzuweisen, dass es Studierendenwohnheimen vergleichbare Wohnheime für Auszubildende in Baden-Württemberg nicht gibt. Demgegenüber werden vor allem Jugendwohnheime nach dem SGB VIII, die oftmals in räumlicher Nähe zu Berufsschulstandorten existieren, überwiegend von Auszubildenden während der Berufsschulphasen genutzt. Diese Jugendwohnheime werden bislang von der Bundesagentur für Arbeit investiv gefördert, jedoch ist mit Hinweis auf die VV Junges Wohnen ein Auslaufen dieser Förderung geplant.

3. welche Einrichtungen und Akteure sich um diese Mittel bewerben können;

Zu 3.:

Für Wohnheime für Auszubildende ist beabsichtigt, die Förderung dem Kreis derer zu öffnen, die Adressaten des bisherigen Förderprogramms der Bundesagentur für Arbeit für Jugendwohnheime für junge Auszubildende waren. Dies sind insbesondere juristische Personen des öffentlichen Rechts, Verbände der freien Wohlfahrtspflege und gemeinnützige Einrichtungen. Darüber hinausgehend wird geprüft, inwieweit ein Bedarf gesehen wird.

Für das studentische Wohnen ist geplant, dass für das Programmjahr 2023 ausschließlich die Studierendenwerke als Anstalten öffentlichen Rechts von diesen Geldern profitieren sollen. Für den dringenden Ausbau studentischen Wohnraums werden zusätzliche finanzielle Mittel von den Studierendenwerken beim Wohnheimbau derzeit nicht nur wegen der steigenden Baukosten, sondern auch angesichts des gegenüber dem Vorjahr massiven Anstiegs des Zinsniveaus benötigt. Mit einer starken finanziellen Unterstützung aus Landes- und Bundesmitteln besteht so die Möglichkeit, trotz gestiegener Kosten studentischen Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten anbieten zu können.

4. welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um eine Förderung aus diesen Mitteln zu erhalten;

Zu 4.:

Für Wohnheime für Auszubildende sind die Voraussetzungen bislang nicht festgelegt.

Die Voraussetzungen für studentischen Wohnheimbau befinden sich aktuell in Erstellung und werden in dem vom Bund vorgegebenen Zeitrahmen erarbeitet. Es ist geplant, diese passgenau auf die Bedürfnisse studentischen Wohnraums zu konzentrieren und insbesondere mit Blick auf die Sozialverträglichkeit der Mieten sowie der Bindungsdauer eine für die Studierendenwerke attraktive Förderung anbieten zu können.

5. wie hoch der Eigenanteil des Landes an der komplementären Finanzierung der vom Bund in Höhe von 65,2 Mio. Euro gewährten Mittel sein wird.

Zu 5.:

Die im Haushalt 2023 des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen ausgewiesenen Landesmittel für die soziale Wohnraumförderung, der auch die Förderung „Jungen Wohnens“ zuzurechnen ist, erreichen 35 v. H. der bundesseitigen Finanzhilfe und übertreffen damit den vom Bund geforderten Kofinanzierungsanteil deutlich.

Das Wissenschaftsministerium wird den landesseitigen Anteil für die Unterstützung der Studierendenwerke aus seinem Budget finanzieren. Der Anteil wird mindestens den in der Verwaltungsvereinbarung vorgeschriebenen Anteil von 30 v. H. erreichen.

6. ob sie vorsieht, die Mittel zu gleichen Teilen für Wohnraum für Studierende und Wohnraum für Auszubildende aufzuteilen.

Zu 6.:

Die Landesregierung plant, die Finanzhilfen des Bundes hälftig für Wohnheime für Auszubildende und für Studierende vorzusehen.

7. ob es, falls Ziffer 6 mit nein beantwortet wird, überhaupt Vorgaben dazu geben wird, wie hoch der Anteil der Mittel ist, der für nicht-studentisches Wohnen zur Verfügung stehen wird.

Zu 7.:

Vgl. zu Ziffer 6.

8. ob und zu welchen Anteilen der in Zukunft mit Hilfe dieser Mittel geschaffene Wohnraum einer Sozialbindung unterliegen wird;

Zu 8.:

Die Verwaltungsvereinbarung regelt die Gewährung von Finanzhilfen für studentisches Wohnen und das Wohnen für Auszubildende. Entsprechend dieser engen Zwecksetzung wird der hiermit geschaffene Wohnraum in vollem Umfang den dahingehenden Zweckbindungen unterliegen.

9. ob sie vorsieht, eine Mindest-Bindungsdauer für den geschaffenen Wohnraum als Förderbedingung festzuschreiben.

Zu 9.:

Für Wohnheime für Auszubildende ist eine Mindest-Belegungsdauer bislang nicht festgelegt.

Für studentischen Wohnraum ist eine Bindungsfrist von 50 Jahren vorgesehen.

10. wenn Frage 9 mit ja beantwortet wird, wie viele Jahre diese Bindungsfrist umfasst.

Zu 10.:

Vgl. zu Ziffer 9.

Razavi
Ministerin für Landesentwicklung
und Wohnen